



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
Dez. II

Vorlagen-Nummer

037/12

1

Sitzungsvorlage

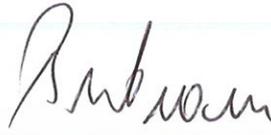
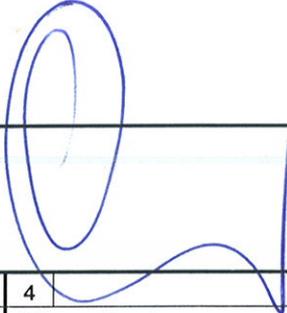
Datum: 12. Jan. 2012

Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Beschlussfassung	Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	25.01.2012	
2.				
3.				
4.				

**Haushaltswirtschaft der Stadt Eschweiler;
Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes
- Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2011 -**

Beschlussentwurf:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes zunächst aus den im Sachverhalt dargelegten Gründen nicht umzusetzen.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft 		Unterschriften  	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 02.12.2011 beantragt die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Wege eines Ratsbeschlusses die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes zum nächstmöglichen Termin, spätestens zu Beginn des Haushaltsjahres 2013, zu beauftragen.

Zunächst ist zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich anzumerken, dass die Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes jeglicher rechtlichen Grundlage entbehrt. Gleichwohl kann die Stadt Eschweiler auf freiwilliger Basis ein solches Vorhaben umsetzen.

In diesem Zusammenhang muss jedoch noch erwähnt werden, dass die verfassungsrechtlichen Grundlagen des kommunalen Haushaltsrechts aus Art. 28 Abs. 2 GG abgeleitet werden.

Hierdurch wird den Gemeinden (Gemeindeverbände) die Selbstverwaltungsgarantie und als deren wesentlicher Bestandteil auch die Haushaltsautonomie verfassungsrechtlich gewährleistet.

Umfang und Inhalt der Haushaltsautonomie, die durch einen Gesetzesvorbehalt wesentlich eingeschränkt wird, bestimmt sich im Einzelnen anhand der Gemeindeordnung NRW.

Entsprechend den §§ 41 Abs. 1, Buchstabe h) und 80 Abs. 4 GO NRW gehört die Haushaltssatzung als zentrales Regelwerk des kommunalen Haushaltsrechts zu den Angelegenheiten über die der Rat selbst entscheiden muss. Diese Entscheidungsbefugnis kann er nicht auf andere Stellen übertragen.

An dieser gesetzlichen Regelung wird deutlich, dass entsprechend den Grundsätzen des staatlichen Demokratieaufbaus in der Bundesrepublik Deutschland Entscheidungselemente einer unmittelbaren Demokratie nur in Ausnahmefällen (z. B. Bürgerbegehren/Bürgerentscheid) zum Tragen kommen.

Wie eingangs erwähnt, kann die Einführung eines Bürgerhaushaltes (entsprechende Modellversuche gab es im Übrigen auch schon zu Zeiten der Kameralistik) ohne gesetzliche Grundlage auf freiwilliger Basis umgesetzt werden.

Allerdings stellt sich dann zunächst die Frage nach dem Aufwand-/Kosten-Nutzungsverhältnis.

Hier zeigt sich bei den Nachbarkommunen, die bereits Erfahrungen mit der Einführung des Bürgerhaushaltes gemacht haben, dass die Resonanz bzw. Beteiligung der Bürgerschaft eher zurückhaltend ausfiel.

Insoweit überlegt beispielsweise derzeit die Stadt Aachen, ob eine Fortführung des Projektes nicht zuletzt aus arbeitsökonomischen Gründen noch sinnvoll erscheint.

Unabhängig davon wird insbesondere anhand des von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen genannten Beispiels der Stadt Herzogenrath deutlich, welcher Arbeitsaufwand für die Einführung eines Bürgerhaushaltes erforderlich ist.

Angesichts der aktuell im Bereich der Finanzbuchhaltung noch neben dem üblichen Tagesgeschäft zu erledigenden Aufgaben ist derzeit nicht davon auszugehen, dass – vorbehaltlich einer mehrheitlichen Beschlussfassung des Rates zur Einführung des Bürgerhaushaltes – eine Umsetzung mittelfristig erfolgen kann.

In diesem Zusammenhang sei nur beispielhaft erwähnt, dass neben den noch ausstehenden Jahresabschlüssen 2010 und 2011 ab 2010 jährlich ein Gesamtabschluss zu erstellen ist und das Fördermanagement aufgebaut werden muss.

Des Weiteren sind ein Beteiligungsmanagement aufzubauen sowie flächendeckend Ziele und Kennzahlen als Grundlage der Planungsgestaltung, Steuerung und Erfolgskontrolle strukturiert zu intensivieren.

Schließlich ist noch anzumerken, dass im Rahmen der jährlichen Haushaltsaufstellung Einwohner und Abgabepflichtige in einem festgelegten Zeitraum Einwendungen erheben können. Hiervon wird regelmäßig – wie auch im laufenden Haushaltsverfahren – **kein** Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, am 23.02. sowie am 01.03.2012 jeweils eine „Bürgersprechstunde“ zum aktuellen Haushaltsaufstellungsverfahren abzuhalten. Hier können die Bürger und Abgabepflichtigen unmittelbar mit dem Stadtkämmerer und der Verantwortlichen für die Finanzbuchhaltung Klärungsbedarf erörtern bzw. Fragen zum Haushaltsentwurf stellen.

Die Resonanz der Bürgerschaft auf dieses zusätzliche Angebot der Verwaltung wird dann auch in die weiteren Überlegungen einfließen, inwieweit mittelfristig die Einführung eines Bürgerhaushaltes umzusetzen ist.

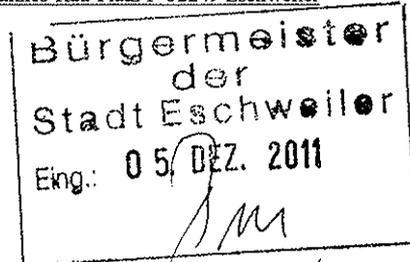
Resümierend ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt von der Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes Abstand zu nehmen.

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Rat der Stadt Eschweiler

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Johannes-Rau-Platz 1 52249 Eschweiler

Stadt Eschweiler
Herrn BM Bertram
Johannes-Rau-Platz 1
52249 ESCHWEILER



Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Johannes-Rau-Platz 1
52249 ESCHWEILER

Tel.: 02403 / 71-356
Fax: 02403 / 71-516
Mail: gruene-fraktion
@eschweiler.de

Antrag
II / 20

02.12.2011

Antrag: Bürgerhaushalt für
die Stadt Eschweiler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bittet darum, den nachfolgenden Antrag zum Thema „Bürgerhaushalt für die Stadt Eschweiler“ auf die Tagesordnung der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 25. Januar 2012 zu nehmen.

Mit freundlichem Gruß

(Franz-Dieter Pieta, Fraktionssprecher)

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzeptes zur Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes in Eschweiler zum nächstmöglichen Termin, spätestens aber zum Haushalt 2013. Die Mittel dafür sind in den Haushalt 2012 einzustellen.

Begründung:

Ziel eines solchen Haushaltes ist es, die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die städtische Finanzsituation und -planung zu informieren, sie dabei auf die besonderen Probleme des Haushaltes der Stadt Eschweiler aufmerksam zu machen und Vorschläge der Bürger als Anregungen in die Haushaltsberatungen einfließen zu lassen. Als gutes Beispiel kann der Bürgerhaushalt der Stadt Herzogenrath dienen.

Dort wurde eine Beteiligungsplattform im Internet eingerichtet und eine Broschüre mit den wesentlichen Eckpunkten der Finanzplanung erstellt. Jedem Haushalt wird ein Fragebogen zur Verfügung gestellt, und es werden Bürgerforen zum Thema „Haushalt“ veranstaltet.

Die um sich greifende Politikverdrossenheit hat auch etwas damit zu tun, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von der Politik nicht mehr ausreichend beteiligt sehen. Gerade der Haushalt einer Kommune wie Eschweiler hat durch notwendige Sparmaßnahmen direkte Auswirkungen auf die Bürger. Diese sollten deshalb stärker beteiligt werden. Obwohl der Bürgerhaushalt nicht dafür genutzt darf, die Verantwortung für die Ausgestaltung von Sparmaßnahmen von den Politikern auf die Bürger zu schieben, darf die Bürgerbeteiligung nicht folgenlos bleiben. Vielmehr müssen jeder Antrag, jede Anregung und jede Bemerkung seitens der Bürgerschaft in die Beratung des Haushaltes einfließen und dort bewertet werden. Auch über die Ergebnisse dieser Bewertung sind die Bürger zu informieren.